

## **Antrag Nr. 8**

der Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen  
an die 178. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien  
am 9. November 2022

### **Teuerung stoppen, Preise runter**

Die aktuelle Teuerungsrate ist eine enorme Belastung für die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich. Seit Mitte der 1970er Jahre wurde keine so hohe Geldentwertung beobachtet. Die Energiekrise seit 2021 ist und wird mit schockartigen Preissteigerungen für alle Energieträger verbunden sein. Bei den Firmen kommen diese Preissteigerungen teilweise unmittelbar, teilweise mit geringer Verzögerung an. Die privaten Haushalte spüren die Folgen der Teuerung mit mehrmonatiger Verzögerung, sodass die besonders massiven Preisschocks im Jahr 2022 teilweise erst Ende 2022 bzw Anfang 2023 spürbar sein werden.

Diese besorgniserregende Entwicklung führt zu großen wirtschaftlichen Verwerfungen in den Einkommen der Haushalte, die Anzahl der Menschen steigt, die sich ihr Leben nicht mehr leisten können. Auf der anderen Seite gibt es auch Profiteure dieser Entwicklung, die ungerechtfertigte und extrem hohe Zufallsgewinne lukrieren.

Die anhaltend hohen Energiepreise schlagen sich immer stärker in den Produktionskosten von Industrie und Gewerbe nieder, der Preisauftrieb verstetigt sich und wird die Wirtschaft voraussichtlich in eine Rezession führen. Die hohe, auch spekulationsgetriebene Volatilität an den Energiemärkten führt dazu, dass der Bezug von Energie nicht nur unleistbar wird und damit die Versorgungssicherheit gefährdet ist, sondern nicht mehr von einem funktionierenden Markt gesprochen werden kann.

Neben der Gewährung von finanziellen Unterstützung für die Menschen wird es immer dringender, systemische Markteingriffe auf den Energiemärkten zu ergreifen, um Liquiditätskrisen von Marktteilnehmer:innen abzuwenden und die Inflation zu dämpfen. Die Versorgungssicherheit mit Energie ist elementar für Haushalte, aber auch für das Funktionieren der Wirtschaft. Wenn sie nicht über Märkte hergestellt werden kann, muss ein neues Marktdesign überlegt werden und der Staat die Energielenkung übernehmen.

**Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien fordert daher tiefgreifende und effektive Maßnahmen zur Bewältigung der Energiekrise und Bekämpfung der Teuerung. Nachfolgende systemische Maßnahmen sind notwendig.**

- **Trennung Gasmarkt vom Strommarkt**

Es bedarf systemischer Eingriffe, um den Strommarkt vom Gasmarkt zu trennen. Diese Sichtweise teilen alle Sozialpartner (SOPA) in Österreich, inklusive der Industriellenvereinigung (IV). Denn wir haben eine Gasmarktkrise, die zunehmend zur Strommarktkrise wird. Der Strompreis ist aber direkt und indirekt für den überwiegenden Teil der Inflation verantwortlich. Dementsprechend ist eine Trennung des Strompreises vom Gaspreis ein sehr effektives wirtschaftspolitisches Instrument, um die Inflation zu dämpfen. Ein leistbarer Strompreis ist außerdem elementar für das Gelingen der Energiewende. Die AK sieht die Bundesregierung daher gefordert sich auf EU-Ebene aktiv für eine rasche Entkoppelung des Strommarktes vom Gasmarkt, ähnlich wie in Spanien und Portugal, einzusetzen. Eine Lösung muss rasch erarbeitet und umgesetzt werden! Minireformen sind abzulehnen.

- **Gewinnsteuer zur Abschöpfung krisenbedingter Übergewinne**

Es ist eine Frage der Fairness die krisenbedingten Übergewinne abzuschöpfen und den Energieverbraucher:innen zurückzugeben. Denn während die Erzeugungskosten für erneuerbaren Strom sowie die Explorationskosten für Erdgas und Erdöl sich kaum verteuert haben, sind die Verkaufspreise dafür explodiert gestiegen - und ein Ende ist nicht in Sicht. Die Profiteure dieser Energiepreisrallye müssen zur Finanzierung der Energiepreisdeckel herangezogen werden. Steuerzahler:innen zahlen sich ansonsten ihre Unterstützungen selbst, während einige Energie-Unternehmen weiter krisenbedingte Rekordgewinne in Milliardenhöhe auf Kosten der Allgemeinheit machen. AK-ÖGB haben hierzu ein Modell vorgelegt, das sofort umgesetzt werden kann.

- **Bekämpfung bzw Abschöpfung der überhöhten Margen bei Mineralölprodukten (Festsetzung eines volkswirtschaftlich gerechtfertigten Preises)**

Durch die Beantragung des Preisüberprüfungsverfahrens beim Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft erwartet die AK, dass Betriebsprüfungen bei den Mineralölunternehmen und Raffinerien durchgeführt werden. Nur so kann man Einblick in die tatsächlichen Produktionskosten, Kalkulationsgrundlagen und Gewinnmargen der Unternehmen erhalten. Gegen erhöhte Margen bei Mineralölprodukten muss von Seiten der Bundesregierung vorgegangen werden: Durch Abschöpfung dieser Übergewinne oder Senkung der Preise (Festsetzung eines volkswirtschaftlich gerechtfertigten Preises).

- **Einrichtung einer Antiteuerungskommission und ein wirkungsvolles Preisgesetz**

Weiters sind Änderungen des Preisgesetzes erforderlich, um die Einrichtung einer wirkungsvollen Anti-Teuerungskommission, die laufend Preise überwacht und wirksame Instrumente hat, gegen ungerechtfertigte Preiserhöhungen vorzugehen, zu ermöglichen. Zudem müssen Strom und Gas im Fall einer Energielenkung im Krisenfall von der Anwendung des Preisgesetzes umfasst sein. Die Möglichkeit der Preisregulierung besteht derzeit nicht, sondern nur Mengenregulierung. Im Energielenkungsfall werden die Strom- und Gaspreise aber durch die Decke schießen – das muss bereits jetzt verhindert werden.

- **Schutzschirm zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit – Staatsgarantien für Energieversorger**

Energieunternehmen müssen für den Einkauf von Gas und Strom auf Energiebörsen Sicherheiten hinterlegen. Bei hohen Preisen und großer Unsicherheit müssen enorm hohe Summen hinterlegt werden, was zu Liquiditätsengpässen führen kann. Um das Problem rasch in den Griff zu bekommen, soll der Bund mit Staatsgarantien sicherstellen, dass auch jene Energieversorger, die aufgrund der Marktverwerfungen Liquiditätsprobleme haben, weiter die Versorgung ihrer Kund:innen sicherstellen können. Dies wurde bereits in einigen europäischen Ländern, wie zB in Deutschland oder Finnland umgesetzt.

- **Gesetzliche Vorgaben, welche Gasimporteure verpflichten, die Versorgungssicherheit zu gewährleisten**

Hand in Hand mit Politik und Wirtschaft hat sich in den vergangenen Jahren die Abhängigkeit von russischem Gas von etwa 50 Prozent auf über 80 Prozent erhöht. Angesichts der aktuellen

Versorgungskrise sollten Gaslieferanten gesetzlich verpflichtet werden, ihre Lieferquellen langfristig ausreichend zu diversifizieren und dauerhaft mehr Gas vorzuhalten, ohne dass der Staat dies dauerhaft finanziell beanreizen muss. Ziel muss sein, die Abhängigkeit von Gas aus russischen Quellen so rasch wie möglich zu beenden und langfristig kein Erdgas mehr zu verwenden. Österreich hat sich dieses Ziel bis 2040 gesetzt, die EU bis 2050.

- **Energiesparkampagne, Energieeffizienzgesetz, Erneuerbares Wärmegesetz**

Angesichts der angespannten Lage unterstützt die AK die von der Regierung angekündigten Energiesparkampagne für Gas und Strom. Die AK regt auch die Einrichtung einer Energieberatungshotline an, um auch auf individuellen Fragen zum Energiesparen eingehen zu können. Das Energieeffizienzgesetz, das schon seit über zwei Jahren fällig ist, sollte endlich in Begutachtung geschickt werden, das Erneuerbare Wärmegesetz so rasch wie möglich in Kraft treten und die angekündigte Novelle für einen Phase-out-Plan für Erdgas aus der Raumwärme rasch in Angriff genommen werden.

- **Last but not least: Keine Energiewende ohne Fachkräfte**

Die Energiewende muss so rasch wie möglich umgesetzt werden. Deswegen braucht es jetzt eine Fachkräfteoffensive. Es zeigt sich, dass sie ein entscheidender Faktor sind, wenn es darum geht, klimafreundlich zu wirtschaften.

**Zudem braucht es weiterhin Unterstützung bzw Entlastungen für Haushalte gegen die Teuerung und insbesondere die steigenden Kosten im Energiebereich:**

- **Es braucht auch einen Deckel für die Raumwärme**

Die AK begrüßt die von der Regierung angekündigte Strompreisbremse und die zusätzliche Entlastung für Haushalte mit geringem Einkommen, aber der Zuschuss ist kein Preisstopp. Wenn die Tarife über 40 Cent/kWh steigen, trägt die Last wieder der Haushalt. Damit gibt es auch keinen garantierten Grundbedarf. Für Raumwärme gibt es noch gar keine geplanten Maßnahmen. Für energiearme Haushalte ist die Situation aber besonders problematisch, denn sie nutzen gerade Gas und auch Fernwärme überdurchschnittlich häufig. Die AK ist davon überzeugt, dass für Haushalte mit geringem Einkommen ein Preisdeckel PLUS benötigt wird (niedrigere Preisdeckel oder höhere gedeckelte Energiemenge). Zusätzlich muss es für energiearme Haushalte auch noch intensive Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs geben wie zB Gerätetausch und vor allem auch thermische Sanierungen ebenso wie zusätzliche finanzielle Unterstützungen in Form von Heizkostenzuschüssen.

- **Abgeltung der kalten Progression in der Lohn- und Einkommensteuer**

Die geplante jährliche Abgeltung der kalten Progression ist ein positiver Schritt. Der von der Regierung vorgelegte Entwurf muss aber an zentralen Stellen nachgeschärft werden. Die Regierung plant, dass zwei Drittel der kalten Progression durch eine automatische Anpassung des Tarifs, das verbleibende Drittel durch im Ministerrat fixierte Entlastungsmaßnahmen abgegolten werden. Angesichts der Rekordteuerung ist wichtig, dass dieser politische Entscheidungsspielraum nach sozial- und verteilungspolitischen Gesichtspunkten genutzt wird. Damit die Politik nicht im Dunkeln tappt, muss der Progressionsbericht verteilungstatistische Entscheidungsgrundlagen liefern. Da die

Arbeitnehmer:innen das Gros der kalten Progression tragen, braucht es außerdem eine stärkere politische Einbindung ihrer Interessenvertretungen. Ein weiteres Problem des Entwurfs ist, dass wichtige Freibeträge wie zB jene für Reisekosten, Zulagen oder die Kilometergelder nicht angepasst werden sollen. Diese Beträge sind teilweise seit 1988 unverändert. Die AK fordert angesichts der Rekordteuerung eine entsprechende Valorisierung.

- **Pendler:innen mit kleinen und mittleren Einkommen entlasten, indem das Pendlerpauschale einfacher, umweltfreundlicher und gerechter gestaltet wird: Ein kilometerabhängiger Absetzbetrag statt der gestaffelten Freibeträge.**
- **Befristetes Aussetzen der Umsatzsteuer auf Lebensmittel - zumindest für Grundnahrungsmittel und auf Güter des täglichen Bedarfs.**

Die Teuerung wird vor allem im täglichen Leben zur Belastung. Die steigenden Energiepreise und wilde Spekulationen mit Getreide und Ölsaaten auf den Weltmärkten auf Grund der Ukraine Krise führen dazu, dass die Lebensmittelpreise stark gestiegen sind. Untere Einkommensschichten geben besonders viel Geld, bezogen auf ihr Einkommen, für Güter des täglichen Bedarfs aus. Solange der Preisauftrieb nicht gestoppt werden kann, ist eine steuerliche Entlastung alternativlos.

- **Anpassung von Sozialleistungen**

Vulnerable Gruppen brauchen zusätzliche Unterstützung, Sozialleistungen müssen der Preisentwicklung Rechnung tragen und auf ein existenzsicherndes Niveau angehoben werden.

- **Miet-Preis-Spirale stoppen**

Bis zur längst überfälligen Mietrechtsreform sollen die Mieten nicht öfter als einmal im Jahr und nur um maximal zwei Prozent erhöht werden dürfen – auch rückwirkend für 2022.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich